

An **Interessierte**

Bevenser Straße 5
28195 Bremen
Tel. 0421/30 23 80
www.biaj.de

Von **Paul M. Schröder (Verfasser)**
eMail: institut-arbeit-jugend@t-online.de
Seiten 1
Datum 17. Dezember 2012

BIAJ-Kurzmitteilung

Bremische Bürgerschaft: Senat nennt falsche Zahl neu festgestellter Hartz-IV-Sanktionen ...

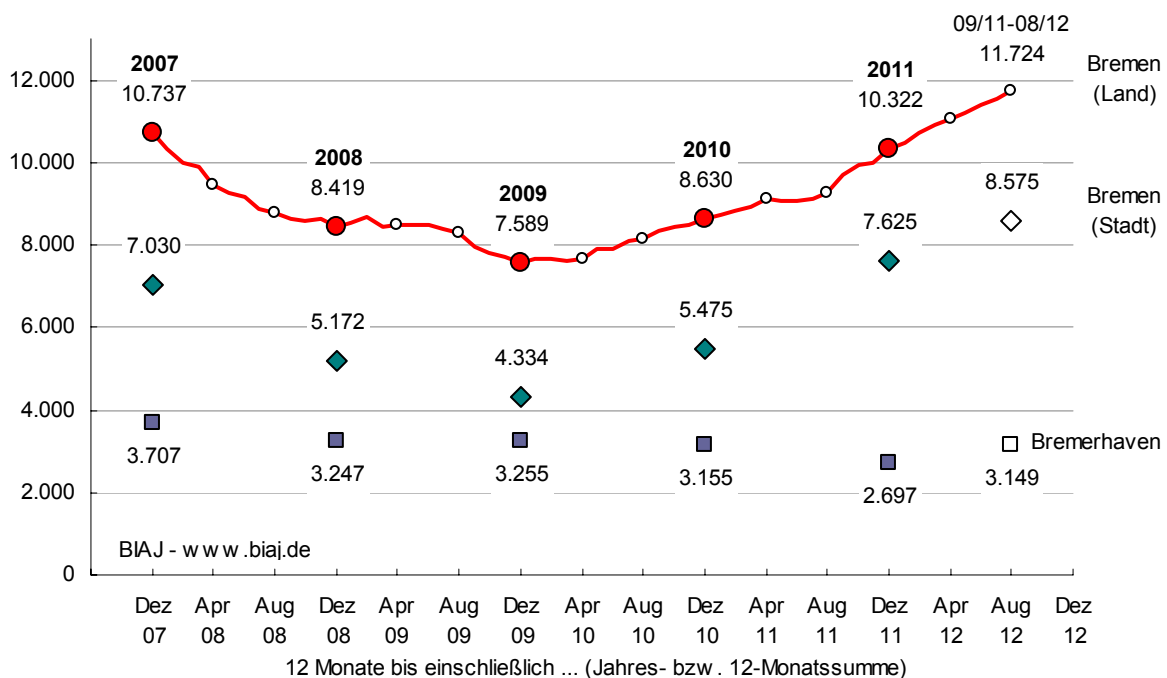
Am 13. Dezember 2012 beantwortete der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Martin Günthner (SPD), in der Bremischen Bürgerschaft für den rot-grünen Bremer Senat drei Fragen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zu den „**Sanktionen in den Jobcentern in Bremen und Bremerhaven**“:

In der Antwort auf Frage 1 heißt es: „**Im Jahr 2011** wurden für das Land Bremen **8.904 Sanktionen neu verhängt**, eine **Differenzierung auf die beiden Jobcenter** ist aufgrund unzureichender Datenquellen **nicht möglich**.“ (Hervorhebung durch Verfasser) Abgesehen von der interessanten Formulierung, „für das Land Bremen“: **Die Zahl ist falsch und die veröffentlichten Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit lassen sehr wohl eine Differenzierung auf die Jobcenter Bremen Stadt und Bremerhaven zu.**

Im Land Bremen wurden **im Jahr 2011 nicht 8.904 Sanktionen** gegen erwerbsfähige Leistungsberechtigte neu festgestellt, **sondern 10.322**, davon 7.625 in der Stadt Bremen und 2.697 in der Stadt Bremerhaven. In den letzten 12 Monaten mit vorliegenden Daten, von **September 2011 bis August 2012** wurden im Land Bremen **11.724 Sanktionen** neu festgestellt, davon 8.575 in der Stadt Bremen und 3.149 in der Stadt Bremerhaven. **Zum Vergleich 2009**, nach dem der scheinbar unaufhaltsame Anstieg

Fortsetzung Seite 2 von 2

Neu festgestellte Sanktionen im Land Bremen, Stadt Bremen und Bremerhaven
2007 bis August 2012 (Jahres- bzw. 12-Monatssummen)



Quelle: Statistik der BA, Statistik der Grundsicherung nach dem SGB II: Sanktionen, lfd.; eigene Berechnungen
Bremer **Institut** für **Arbeitsmarktforschung** und **Jugendberufshilfe** (BIAJ - w w w .biaj.de)

Spendenkonto: 74 863 00, Bank für Sozialwirtschaft AG (BLZ 251 205 10)

Information des Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) vom 17. Dezember 2012
neu festgestellter Sanktionen begann:¹ **7.589 neu festgestellte Sanktionen** im Land Bremen, davon 4.334 in der Stadt Bremen und 3.255 (!) in der Stadt Bremerhaven. (siehe Abbildung Seite 1)

Die sog. Sanktionsquoten im Land Bremen und insbesondere in der Stadt Bremen liegen trotz des erheblichen Anstiegs nach 2009 noch unter dem Bundesdurchschnitt: Dies aber sollte für den rot-grünen Bremer Senat keine Begründung dafür sein, auf Frage nach „Alternativen zur jetzt etablierten Sanktionspraxis“ (Frage 3) zu „antworten“: „Im Rahmen des geltenden Rechts sieht der Senat keine Veranlassung, die gültige Sanktionspraxis in Frage zu stellen.“ (siehe unten) Oder doch, denn typisch? ■

Bremische Bürgerschaft (Landtag), 32. Sitzung am 13. Dezember 2012:

„Frage 5: **Sanktionen in den Jobcentern in Bremen und Bremerhaven** (21.11.12)²

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Sanktionen wurden aus welchen Gründen in den Jobcentern Bremen und Bremerhaven verhängt (prozentual nach Männern und Frauen aufgeteilt)?
2. Wie beurteilt der Senat die Sanktionspraxis in den Jobcentern im Land Bremen?
3. Welche Eskalationsstufen gibt es, bis Sanktionen ausgesprochen und durchgesetzt werden, und sieht der Senat Alternativen zur jetzt etablierten Sanktionspraxis?

Frank Willmann, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:³

Zu Frage 1:

Für 2012 liegen für die ersten sieben Monate Daten vor, es wurden insgesamt 6.699 Sanktionen neu ausgesprochen. Diese entfallen mit 4.823 Sanktionen auf das Jobcenter Bremen und mit 1.876 Sanktionen auf das Jobcenter Bremerhaven. Bezogen auf den angegebenen Monatsdurchschnittswert der Bundesagentur für Arbeit von 958 Sanktionen werden 774 Sanktionen geschlechtsspezifisch differenziert. Danach betrafen 70,6% Männer und 29,4% Frauen.

Die Hauptgründe für neu ausgesprochene Sanktionen waren bislang mit 67,3 % Meldeversäumnisse, Verletzung der Pflichten aus der Eingliederungsvereinbarung (13,3%) und Weigerung der Aufnahme zumutbarer Arbeit, Ausbildung, AGH u.a. (13,3%; am Rande: muss 15,7% heißen; der Verfasser)

Im Jahr 2011 wurden für das Land Bremen 8.904 Sanktionen neu verhängt, eine Differenzierung auf die beiden Jobcenter ist aufgrund unzureichender Datenquellen nicht möglich. Bezogen auf den angegebenen Monatsdurchschnittswert der Bundesagentur für Arbeit werden von 742 Sanktionen 735 Sanktionen geschlechtsspezifisch differenziert. Danach betrafen 71,3% Männer und 28,7% Frauen.

Die Hauptgründe für neu ausgesprochene Sanktionen waren auch in 2011 Meldeversäumnisse (65,5%), Verletzung der Pflichten aus der Eingliederungsvereinbarung (16,4%) und Weigerung der Aufnahme zumutbarer Arbeit, Ausbildung, AGH u.a.(13,3%)

Zu Frage 2:

Der Senat hat keinen Anlass, die Sanktionspraxis in den beiden Jobcentern des Landes Bremen kritisch zu beurteilen. Die Jobcenter im Land Bremen setzen die gesetzlichen Vorgaben um.

Zu Frage 3:

Das Gesetz sieht keine Eskalationsstufen vor, die zum Tragen kommen, bevor eine Sanktion durchgesetzt wird.

Das SGB II regelt in § 31, in welchen Fällen eine Pflichtverletzung vorliegt. Dies gilt nicht, wenn erwerbsfähige Hilfebedürftige einen wichtigen Grund für ihr Verhalten darlegen und nachweisen.

Im Rahmen des geltenden Rechts sieht der Senat keine Veranlassung, die gültige Sanktionspraxis in Frage zu stellen.“ ■

¹ BIAJ-Kurzmitteilung vom 12. November 2012: <http://biaj.de/archiv-kurzmitteilungen/36-texte-biaj-kurzmitteilungen/303-erstmal-mehr-als-eine-million-ursula-von-der-leyen-und-der-unaufhaltsame-anstieg-der-hartz-iv-sanktionen.html>

² http://www.bremische-buergerschaft.de/fileadmin/user_upload/Dateien/plenar/Anfrfr-Landtag-31.pdf

³ http://www.bremische-buergerschaft.de/fileadmin/user_upload/Dateien/plenar/Antworten_Fragestunde_32_Landtag_18LP_2.pdf